

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 13 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dritsch-Bundler)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Königsplatz, Nr. 472A.

Nr. 98.

Berlin, Mittwoch, 20. November 1912.

Stierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Nach dem Kampfe. — Zur Fleischsteuerung. — Die Würfeln sind gefallen. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Nach dem Kampfe.

Nach wochenlangen Mühtungen ist am Sonntag in Berlin die Entscheidung gefallen. Die Gewerbegerichtswahl ist vorüber; ihr Ergebnis entspricht ungefähr den Erwartungen, die daran geknüpft worden sind. Anders als bei den ersten beiden Wahlen war in diesem Jahre die Situation. Während sonst 4 Listen in den Wettbewerb traten, waren es diesmal 6. Die christlichen Gewerkschaften, die früher mit den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen zusammengingen, mußten diesmal auf die Gefolgschaft der katholischen Arbeitervereine verzichten, die eine besondere Rüte aufgestellt hatten. Ganz neu auf dem Plan waren ferner die Polen erschienen. Die größte Stimmenganz vereinigte, wie vorauszuweisen war, Liste 5 der „freien“ Gewerkschaften, nämlich 93 679 gegen 80 621 im Jahre 1910. Der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband (Wiesenthal'sche Richtung) brachte 3192 Stimmen auf gegen 2044. Die Liste der Deutschen Gewerksvereine erhielt 3014 Stimmen gegen 2972. Dann folgten die katholischen Gezellenvereine mit 1548, die polnische Berufsvereinigung mit 1469 und an letzter Stelle die christlichen Gewerkschaften mit 1327. Im Jahre 1910 hatte der sogenannte christlich-nationale Wahlausdruck 2324 Stimmen erzielt. Berealichte lassen sich für die letzten drei Gruppen nicht ziehen; denn unter den für die polnische Berufsvereinigung abgegebenen Stimmen befinden sich sicherlich sehr viele, die in früheren Jahren für die „freien“ Gewerkschaften abgegeben worden sind.

Die Zahl der Wähler verteilt sich nach dem Ergebnis so, daß die „freien“ Gewerkschaften 63, die Deutschen Gewerksvereine und der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband je 2 und die andern drei Listen je 1 erhalten werden.

Unsere Rüte gehört also zu denjenigen, die eine Zunahme der Stimmen zu verzeichnen haben. Das ist gewiß erfreulich, ebenso wie die Tatsache, daß wir das dritte Land überdritten haben. Aber besonderen Anlaß zum Jubeln haben wir durchaus nicht. Wir hätten ein viel besseres Resultat verzeichnen können, wenn alle Mitglieder so auf dem Posten gewesen wären, wie es ihre Pflicht ist. Auch dieses Mal sind in manchen Bezirken weniger Stimmen für uns abgegeben worden, als wahlberechtigte Gewerksvereinskollegen dort vorhanden waren. Es sind also Mitglieder der Wahl ferngeblieben aus Gründen, die wir nicht untersuchen können und wollen. Es hat mit einem Worte nicht so geklappt, wie es hätte der Fall sein müssen.

Gewiß, unsere Stellung bei solchen Wahlen ist überaus schwierig. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften kommen sehr viele Momente zugute. Da ist vor allen Dingen die ganze politische Situation, die dem Radikalismus durchaus einträglich ist. Davon profitieren bei dem engen Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaften naturgemäß die letzteren. Dazu kam in diesem Falle, daß am Wahltag in Berlin gewaltige Demonstrationsversammlungen gegen den Krieg stattfanden. Die „Genossen“ waren also hübsch zusammen, und es ist da schon dafür gesorgt worden, daß alle von ihrem Wahlrechte Gebrauch machten. Dann kommt noch eins hinzu. Die „Genossen“ verfügen nun einmal in Berlin über die große Masse. Trotz dieser Ueberlegenheit aber: verdammen sie es nicht, Andersdenkenden gegenüber: nicht nur in der Werkstatt,

sondern auch bei solchen Wahlen den ärauten Terrorismus zu üben. Selbstverständlich werden dadurch alle Schwanfenden veranlaßt, für die Liste der „freien“ Gewerkschaften zu stimmen. Dann aber muß auch zugesehen werden, daß der ganze Organisationsapparat für die Wahl auf das sorgfältigste ausgebaut war. In jedem Wahllokale waren reichlich Hilfskräfte vorhanden. Während sich die übrigen Organisationen mit einem, höchstens zwei Zettelverteilern begnügen mußten, standen den „Genossen“ sechs, acht oder mehr zur Verfügung. Daneben ließen noch einige Stenografen herum, und wohl vor jedem einzelnen der 48 Wahllokale hatte außerdem als Oberkontrolleur ein Gewerkschaftsbeamter Stellung genommen. Das soll natürlich kein Vorwurf sein. Aber gegenüber den andern Richtungen bedeutet das einen ungeheuren Vorteil, der eben ernüchelt wird durch die große Menge der zur Verfügung stehenden Kräfte.

In die Augen springend ist der große Erfolg, den der Wiesenthal'sche Verband wie beim vorigen Male erzielt hat. Ist es ihm doch sogar gelungen, was für uns eigentlich das Bedauerlichste an der ganzen Wahl ist, den zweiten Platz zu erobern. Man sieht, daß der Name, der leicht mit dem Deutschen Metallarbeiterverband zu verwechseln ist, den einen oder andern veranlaßt hat, irrtümlich für die Wiesenthal'sche Organisation zu stimmen. Aber das allein gibt keine genügende Erklärung für den starken Zuwachs dieser Richtung; da müssen andere Gründe maßgebend sein. Wiesenthal hat in seinem Verbands lediglich die Wahlleiter und ihre Helfer organisiert. Es handelt sich also um eine einzelne Arbeiterkategorie, die sich noch dazu nur auf Berlin erstreckt. Die Leute arbeiten zusammen in einer bestimmten, enabegrenzten Zahl von Betrieben. Da besteht natürlich ein sehr fester Zusammenhang; es ist leicht zu agitieren und auch zu kontrollieren, daß bei der Wahl jeder seine Schuldigkeit tut. Diese lokale Organisation hat einen anarcho-sozialistischen Charakter. Deshalb haben zweifellos auch die Mitglieber der übrigen auf demselben Boden stehenden Verbände, die immerhin in Berlin einen gewissen Anhang haben, für die Wiesenthal'sche Liste gestimmt.

Außerdem hat Wiesenthal es verstanden, auch kleinere lokale Vereine für sich zu gewinnen. Alle diese Dinge zusammen sind die Ursache für den unbestreitbaren Erfolg dieser verhältnismäßig kleinen Organisation.

Noch ein Wort über die polnische Berufsvereinigung! Sie hat sich, wie gesagt, zum erstenmal an der Gewerbegerichtswahl beteiligt, und wenn sie eine immerhin nicht unbedeutende Stimmenganz bekommen hat, so ist dafür das nationale Moment ausschlaggebend, das bei den Polen gerade alle andern Rücksichten in den Hintergrund drängt, und, wie ebenfalls schon angedeutet, sicherlich viele polnische „Genossen“ veranlaßt hat, diesmal für die „nationale“ Liste zu stimmen.

Für uns Gewerksvereiner liegt der Erfolg der Wahl darin, daß wir trotz der verstärkten Konkurrenz und der für die sozialdemokratischen Gewerkschaften diesmal besonders günstigen Situation in der Lage waren, nicht nur unsere Stimmenganz zu behaupten, sondern noch etwas zu erhöhen. Der Zuwachs wäre noch größer gewesen, wenn nicht noch in letzter Stunde denjenigen Arbeitern, die in Tochterbetrieben größerer Berliner Unternehmungen in den Vororten beschäftigt sind, das Wahlrecht genommen worden wäre, das Wahlrecht natürlich die andern Organisationen auch gekostet; die Zahl der Stimmen aber für uns wäre größer gewesen.

Daß wir hinsichtlich der Stimmenganz an die dritte Stelle gedrängt worden sind, hat praktisch keine Bedeutung; immerhin müssen wir danach streben, bei den nächsten Wahlen den alten Platz wieder zu erobern. Denn das war für uns von vornherein klar und ist auch ausgesprochen worden, daß wir uns niemals in der Hoffnung gewiegt haben, in Berlin etwa den freien Gewerkschaften den Rang streitig machen zu können. Vielleicht hat diese Erwägung mit dazu beigetragen, daß manche unserer eigenen Kollegen, geleitet von dem Gedanken, daß „es doch keinen Zweck hat“, in einen ernstlichen Wahlkampf einzutreten, der Wahl ferngeblieben sind. Das ist tief bedauerlich, und es ist notwendig, daß mit diesen einmal ein ernstes Wort geredet wird. Aber noch etwas anderes muß einmal ausgesprochen werden, damit wir für die Zukunft Mängel, die sich auch bei dieser Wahl herausgestellt haben, beseitigen können. Trotz unserer Mahnungen hat es auch diesmal wieder an den nötigen Hilfskräften gefehlt. Merkwürdig: Vor der Wahl waren im allgemeinen die Obmänner mit dem Erfolg ihrer Bemühungen, Mitarbeiter heranzuziehen, recht zufrieden. Als aber die Wahlkampf im Gange war, da stand im Wahlbureau das Telephon kaum eine Minute still. Von allen Seiten kamen Bittschreiben, man möchte Hilfskräfte schicken. Entweder also haben die Obmänner zum Teil die Lage nicht richtig übersehen, oder aber sie sind von den Kollegen, die ihnen zur Seite zu stehen versprochen hatten, im letzten Augenblicke im Stich gelassen worden. Der Wahlhilfe in Aussicht gestellt, sie aber schließlich doch versagt hat, der hat sich einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig gemacht, für die kein Wort des Tadels scharf genug sein kann. Für die Obmänner aber, die sich getäuscht haben, muß der Verlauf der Wahl eine Mahnung sein, sich das nächste Mal etwas besser vorzulegen. Gewiß, die Sache ist für uns nicht so leicht. In allen Ortsvereinen sind opferfreudige und hilfsbereite Kollegen vorhanden. Wenn man aber bedenkt, daß 48 Wahllokale zu besetzen sind, von denen jedes einzelne mit unserm Wahlbureau eine ganze Anzahl von Leuten benötigt, dann können sich armiert genug freiwillige Kräfte zur Verfügung stellen. Wir müssen also gleich von jetzt ab in den Mitgliedervereinen für Aufklärung sorgen und darauf bedacht sein, daß unser Wahlleiterapparat das nächste Mal besser ist und besser funktioniert. Wenn wir diese Lehre aus der Wahl ziehen und in den nächsten zwei Jahren Wandel schaffen, dann wird der Ausfall sicherlich besser sein. Anerkannt werden muß heute schon, daß namentlich die Obmänner und auch die Vertrauensleute, die ihnen geholfen haben, den ganzen Tag unter Aufbietung aller Kräfte und mit lobenswerter Eifer ihre Schuldigkeit getan haben. Es darf auch nicht vergessen werden, daß selbst aus unseren Jugendabteilungen junge Leute, die sich über die Bedeutung der Gewerbegerichtswahl schon klar sind, als Radfahrer und zu anderen Diensten freiwillig zur Verfügung gestellt und ihr Bestes eingeleistet haben, das Ansehen der Deutschen Gewerksvereine zu fördern. Alle Achtung vor diesen jungen Freunden, die manchem Alten als leuchtende Vorbilder dienen können.

Die Waffen ruhen, der Kampf ist zu Ende. Unsere Lösung aber heißt trotzdem: Auf zum Kampf! Mit den Vorbereitungen bis zu den nächsten Wahlen darf nicht lange gearbeitet werden. Unsere Aufgabe muß es sein, schon heute auf die Abstellung der Mängel, die sich gezeigt haben, hinzuwirken. Es gilt vor allem das Obmännerntem auszubauen und die Organisation für die Gewerbegerichtswahl so zu gestalten, daß für jeden

Bezirk ein besonderer gutfunktionierender Apparat vorhanden ist. Darüber natürlich darf nicht vergessen werden, unablässig die Zahl unserer Mitglieder zu vergrößern, denn je mehr Mitstreiter wir haben, um so leichter wird es sein, einen Erfolg für unsere Sache zu erzielen.

Zur Fleischtennung.

Die vom „Reichsanzeiger“ in der vorigen Woche veröffentlichten Ergebnisse der Schlacht- und Fleischbeschau im Deutschen Reich für das 3. Quartal 1912 stellen sich folgendermaßen dar:

III Quartal	Ochsen	Bullen	Kühe	Jung- rinder über 3 Monate alt	Kälber bis	Schweine
1912	182 711	112 024	415 634	271 077	1 008 885	4 226 494
1911	139 206	113 517	432 321	304 986	1 147 744	3 877 310
1910	152 784	127 935	439 993	298 219	1 071 129	3 883 310
1909	161 756	127 037	440 955	354 371	1 318 202	3 574 008
1908	155 348	136 717	411 750	312 260	1 136 182	3 813 083
1907	147 114	121 047	402 372	277 457	1 060 978	3 749 800
1906	158 914	120 254	395 184	257 908	1 008 933	3 109 811
1905	155 604	128 975	407 086	275 619	1 032 920	3 080 792

Diese Zahlenreihen reden eine deutliche Sprache und lassen die Ursache der unerhörten Preissteigerung erkennen: Das Angebot an Vieh ist eben zurückgegangen, und zwar ist von allen Vieharten im 3. Quartal weniger auf den Markt gekommen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vieh hat aber Vergleiche mit den ersten Jahren in obiger Tabelle, so ergibt sich trotz der Zunahme der Bevölkerung, daß 1912 das Angebot von Ochsen und Bullen um mehrere Hunderttausende kleiner war als jemals in den letzten 8 Jahren und daß auch die Zahl der geschlachteten Kälber und Jungvinder erheblich niedriger geworden ist. Nun ist im Jahre 1911 das Mindestante an Rindfleisch wenigstens einigermaßen ausgeglichen worden durch ein stark vergrößertes Angebot von Schweinefleisch. In diesem Jahre dagegen ist auch dieses Angebot von Schweinen um über 140 000 Stück zurückgegangen. Nun muß man noch bedenken, daß der Fleischgehalt des einzelnen Stückes Vieh geringer geworden ist, und man hat dann von selbst die Lösung, daß hauptsächlich infolge des verminderten Viehbestandes die Preise ihre unerhörte Höhe erreicht haben.

Da trifft es sich gut, daß der Nationalökonom Professor Erlen in Zürich ein umfassendes Werk über „Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches“ veröffentlicht hat, in dem systematisch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus die Entwicklung der Fleischerezeugung in Deutschland und die Möglichkeiten ihrer Steigerung erforscht werden. Er kommt zu dem Schluß, daß Deutschland genügend Fleisch im eigenen Lande zu erzeugen vermag bei Serabehaltung der Getreidezölle, Beibehaltung der Vieh- und Fleischzölle und ausgedehnter innerer Kolonisation. Für den Augenblick ist jedoch damit der herrschenden Fleischnot nicht abgeholfen; deshalb empfiehlt der Gelehrte besonders die Abänderung des Fleischbeschaugesetzes, um die Einfuhr von Gefrierfleisch zu ermöglichen. Er bemerkt dazu:

„Zudem wäre die vorübergehende Erleichterung der Fleischzufuhr sogar im Interesse der deutschen Viehwirtschaft selbst gelegen, namentlich der Rindviehhaltung. Es würde dadurch der Anreiz beseitigt, wie er heute besteht, alles irgendwie zum Schlachten taugliche Vieh baldmöglichst abzuschlachten, und es würde den Rindviehhütern Zeit gelassen, die geschlachten Bestände durch erhöhte Aufzucht wieder zu vermehren. Der Fehler ist gemacht worden, als man im Jahre 1902 die Getreidezölle wieder gewaltig erhöhte, statt sie weiter zu ermäßigen. Um die Einfuhr überseeischen Fleisches zu ermöglichen, müßten zuerst die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes beseitigt werden, welche die Einfuhr gewisser, leicht der Fäulnis anheimfallender innerer Organe verlangen. Daß dies ohne Gefährdung der Gesundheit von Mensch und Vieh geschehen könnte, ist bereits erwiesen. Ferner müßte das Einfuhrverbot für amerikanisches Rindfleisch, das fast in allen Einzelstaaten mit Ausnahme des Königreiches Sachsen besteht, aufgehoben werden wenigstens gegenüber Südamerika, da nur von dort größere Mengen Rindfleisch bezogen werden können, Hammelfleisch aber, wie es Australien verschifft, in Deutschland nicht gern gegessen wird. Das Beispiel Großbritanniens beweist, daß auch diese Vorschrift ohne irgendwelche Bedenken fallen gelassen werden könnte. Endlich wäre es noch nötig, den heutigen übertrieben hohen Zoll auf gefrorenes Fleisch zu ermäßigen, um zur Anlage größerer Kälbereien in den für die Einfuhr gefrorenen Fleisches nötigen Einrichtungen anzuregen. Dies um so mehr, wenn die Erlaubnis zur Einfuhr nur auf eine beschränkte Zeit — etwa sechs Jahre — erteilt werden sollte. Am meisten würde es sich empfehlen, da alle späteren Interessen-

kämpfe dadurch vermieden würden, durch ein und dasselbe Gesetz die Erlaubnis zur Einfuhr von ausländischem Fleisch ohne innere Organe zu erteilen und für eine gewisse Zeit den Zoll auf gefrorenes Fleisch auf den Betrag des für frisches geltenden herabzusetzen, dagegen gleichzeitig zu bestimmen, daß nach Ablauf dieser Zeit die Getreidezölle auf eine heute schon festzusetzende Höhe ermiedert, der Zoll auf gefrorenes Fleisch dagegen wieder auf seinen gegenwärtigen Satz erhöht werde.“

Was hier der Gelehrte sagt, deutet sich im wesentlichen mit den Forderungen aller nichtagrari-schen Kreise. Unsere leitenden Staatsmänner, in ihrer Abhängigkeit von den Großagrariern, werden freilich auch für den Wunschkreisler nur ein geringfügiges Nachlassen übrig haben.

Die Würfel sind gefallen.

Am 15. November wurde unser Gewerbeverein der Holzarbeiter brieflich durch den Arbeitgeber-Schutzverband benachrichtigt, daß sämtliche Verträge mit Ausnahme von Reib, die am 15. Februar 1913 ablaufen, seinerseits gekündigt würden. Da der Vertrag in Reib seitens der Arbeiter gekündigt worden ist, erreichen sämtliche Verträge ihr Ende. Demgemäß ist in folgenden Orten, wenn nicht eine friedliche Einigung vorher möglich ist, der Kampf zu erwarten:

Amberg, Bamern, Berlin und Vororte, Bernau, Beuthen und das ober-schlesische Industriegebiet, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz, Brandenburg, Braunschweig, Bromberg, Burg b. Magdeburg, Köln (Rhein), Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Eisen-Kraus, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Groß-Schönau, Guben, Halle, Hannover, Harburg, Hildesheim, Hirsch, Kiel, Krefeld, Langensalza, Leipzig, Lübbenau, Lübeck, Lüneburg, Lüneburg, Magdeburg, München, Reibe, Oldenburg, Posen, Potsdam, Quedlinburg, Rendsburg, Schwerin i. M., Spandau, Stargard, Stettin, Uelzen, Xhorn, Zeitz und Zittau.

Etwa 50 000 Holzarbeiter kommen in Betracht; das ist der größte Lohnkampf, den die Holzindustrie bis jetzt erlebt hat.

Es war vorauszuweisen, daß es so kommen würde. Hat doch der Arbeitgeber-Schutzverband von jeher danach gestrebt, alle Verträge auf einen Ablaufstermin zu bringen. Da war es klar, daß er nicht einzelne Verträge ungekündigt auf ein weiteres Jahr weiterlaufen lassen würde; sonst wäre ja das Kampffeld verkleinert worden. Wir haben in der Holzindustrie vier Vertragsgruppen: Die Verträge laufen bis 15. Februar 1913, 1914, 1915 und 1916. Bei den Verträgen von 1913, die jetzt alle gekündigt sind, kommen aber mehr Holzarbeiter in Betracht als in den drei andern Vertragsgruppen zusammen. Deshalb ist diese Vertragskündigung für die Holzarbeiter und für unsern Gewerbeverein von so außerordentlicher Bedeutung. Versichert wird die Lage noch dadurch, daß am 1. April die Tarife für das Maler- und für das Baugewerbe ebenfalls ablaufen. Die Arbeitgeber-Organisationen haben sich zu einem Reichsbund zusammengeschlossen, um bei Lohnkämpfen, „insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen“, sich gegenseitig zu unterstützen. Betrachten wir das Ganze im Zusammenhang, so wird uns klar, wohin die Reise geht.

Kollegen, Mitglieder! Auf die Schanzen! Agitiert und organisiert! Dieser bedeutungsvolle Vorgang muß auch dem letzten Unorganisierten die Augen öffnen, muß ihn zu der Erkenntnis bringen, daß nur in der Organisation die Kraft liegt, die Interessen der Kollegen zu vertreten. Ueberzeugt die Indifferenzen, führt ihnen den Ernst der Situation vor Augen, damit auch sie zur Organisation, zum Gewerbeverein den Weg finden! Stärkt die Lokalfassen, vorat für pünktliche Beitragszahlung, damit beim Ablauf der Verträge kein Kollege im Rückstande ist! Zu jeder Stunde müssen wir mit ruhiger Entschlossenheit sagen können: „Wir sind gerüstet.“

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 19. November 1912.

Der Zentralrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung am Freitag mit der Krise in den christlichen Gewerkschaften. Das einleitende Referat gab der Verbandsvorsitzende Koll. Goldschmidt, der den Inhalt der päpstlichen Enzyklika erörterte und darbot, wie schwer die christlichen Gewerkschaften durch diese Rundgebung

getroffen würden. Seinen Darlegungen folgte eine sehr lebhaft diskutierte, in der immer und immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Gewerkschaften vor derartigen Situationen bewahrt sein dadurch, daß sie unverbrüchlich an der parteipolitischen und religiösen Neutralität festhielten. Im Anschluß an die Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Einberufung einer Redakteurkonferenz für die nächste Zeit gefordert wird.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Festsetzung des Termins für den nächsten Verbandstag. Es wurde beschlossen, daß derselbe wie bisher zu Pfingsten des nächsten Jahres in Berlin stattfinden soll. Die Vorberiammlung wird am 2. Pfingstfeiertag nachmittags eröffnet.

Unter den Mitteilun-gen aus dem Bureau gab der Verbandsvorsitzende bekannt, daß die Verhandlungen mit dem Vorstand der Pensionskass-e des Gewerbevereins der Maschinenbau-er betreffend die Übernahme der Verbands-beamten in diese Pensionskasse von Erfolg gewesen seien. Der Zentralrat gab zu den getroffenen Vereinbarungen seine Zustimmung und übernahm die Garantie für etwaige Zuschüsse, wenn Beiträge und Zinsen den an die Kasse gestellten Anforderungen einmal nicht genügen sollten.

Ein Schreiben des kaufmännischen Verbandes, in dem um stärkere Unterstützung in der Agitation ersucht wird, wurde an den geschäftsführenden Ausschuß zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen.

Weiter konnte mitgeteilt werden, daß endlich die königliche Genehmigung zur Annahme eines Legats von 20 000 M., das dem Gewerbeverein der Deutschen Frauen und Mädchen vor längerer Zeit zugesallen ist, eingetroffen ist.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde sodann der Rest der Tagesordnung zur nächsten, noch vor Weihnachten stattfindenden Sitzung vertagt.

Ueber die päpstliche Enzyklika schweigt sich offiziell der Vorstand des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften nicht aus. Dagegen macht die „Rhein-Beit.“ aus seiner Sitzung einige Mitteilungen. Danach sind die christlichen Führer der Meinung, daß der päpstliche Erlass im Grund genommen nie garnichts angehe, da den Gewerkschaften als interprofessionellen wirtschaftlichen Vereinen auf christlicher Grundlage der Kampf überhaupt nichts zu tun oder zu befehlen habe. Da aber die große Mehrzahl der Gewerkschaftsmit-glieder in Deutschland katholische Arbeiter sind, an die sich die Enzyklika richtet, so würden die Gewerkschaften mittelbar doch betroffen, zumal die Gefahr naheliege, daß man trotz des Schweigegebots von der Berlin-Triener Richtung aus den Versuch machen werde, wie es an der Saar schon geschehen ist, den christl. Gewerkschaften in rein katho-lischen Gegenden das Banner abzuziehen. Gegen derartige Versuche würden die christlichen Gewerkschaften mit aller Macht Stellung nehmen und jede Ausnützung der Enzyklika gegen sie in der Gesamtkonferenz mit aller Schärfe zurückweisen. Die Gewerkschaften werden an ihrer bisherigen Stellung nichts ändern, sie bleiben, was sie bisher waren.

Inzwischen wird der Kampf zwischen beiden Richtungen trotz des Schweigegebots des Papstes weitergeführt. Der Verband der katholischen Arbeitervereine, die Berlin, wollte in Verbindung mit anderen Vereinen eine Beriammlung abhalten, die sich mit der Enzyklika beschäftigen sollte. Man hat diese Absicht aber wieder fallen lassen und beabsichtigt, die Beipredung in den einzelnen Vereinen vorzunehmen. Die gemeinsame Rundgebung soll deswegen fortfallen, weil sie als Friedens-störung mißdeutet werden könnte. Dazu bemerkt die auf Seite der Berliner stehende „Köln. Volkszeitung“, daß nicht die Friedensliebe der Berliner ausschlaggebend gewesen sei, sondern es erit des ausdrücklichen Eingreifens der höchsten kirchlichen Instanzen der Diözese bedurft hätte.

Aber nicht allein die Berliner müssen zur Ruhe angehalten werden, sondern auch der Kölner Richtung hat man Zügel anlegen müssen. Dafür ein Beispiel: In Berlin sollte Ende voriger Woche in einer auch zahlreich von Studenten besuch-ten Beriammlung der Leiter des sozialen Sekretariats, Dr. Sonnenstein in aus M-Gladbach, einen Vortrag über soziale Fragen halten. Als er den Saal betrat, wurde ihm ein Telegramm folgenden Inhalts übergeben: „Ich unterlage Rede von Dr. Sonnenstein, Kardinal Rayn.“ Dieses Verbot rief begrifflicherweise große Erregung in der Ber-iammlung hervor; es wurde aber besolat und von dem Vortrage Abstand genommen. Ob, wie dies in katholischen Kreisen der Fall ist, man darin ein Anzeichen dafür erblicken kann, daß Kardinal Rayn

der Tätigkeit des Volksvereins ganz allgemein Einhalt gebieten will, erscheint doch noch zweifelhaft.

Wortklauber. In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises der Berliner Holzindustrie u. a. gesagt, „daß die Arbeitssuchenden nicht nach ihrer Organisationszugehörigkeit getragt werden“. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß dies doch der Fall ist, allerdings in verblümler Form. Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes müssen nämlich, wenn sie sich arbeitslos melden, auf dem paritätischen Arbeitsnachweis ihr Mitgliedsbuch abgeben. Auf diese Weise sieht man auf dem ersten Blick, wer Mitglied dort ist und wer nicht. Nun ist es in der Wirklichkeit schließlich gleichgültig, ob man einen Kollegen fragt: „Bist Du im Verband?“, oder ob man stillschweigend durch das Buch, welches abgegeben oder nicht abgegeben wird, konstatiert, wer Mitglied ist. Man mag dieses begründen, wie man will, aber man wird keinem vernünftigen Menschen plausibel machen können, daß die Erleichterung von Verbandsgeheimnissen im Arbeitsnachweis eine paritätische Handlung ist.

Die Klagen über den Wagenmangel im Ruhrgebiet sind wohl noch niemals so eindringlich, aber auch so berechtigt gewesen wie augenblicklich. Der bergbauliche Verein behauptet, daß in den Monaten August bis Oktober über 200 000 Wagen gefehlt hätten, was einen Ausfall im Versand von über 2 Millionen Tonnen Kohlen und einen Lohnausfall von 10 Millionen M. bedeutet. In der ersten Novemberwoche hätten im Ruhrgebiet über 35 000 Wagen gefehlt, eine Zahl, die in der zweiten Woche noch höher gewesen sei. Auch in einer Kommission des Abgeordnetenhauses hat der Eisenbahnminister den beispiellosen Wagenmangel im Zündtriengebiet zugeben müssen. Es könnten täglich etwa 9—11 000 Waggons nicht gestellt werden. Betriebsmaterial und Personal seien in höchstem Maße angepörrnt; trotzdem seien Verkehrsstörungen unvermeidlich gewesen. Er habe mit Rücksicht auf die Notlage einen besonderen Kommissar in das Industriegebiet entsandt und werde alles veranlassen, was in seinen Kräften steht, der schwierigen Zustände dort Herr zu werden. Man könne die Hoffnung haben, daß in der zweiten Hälfte des November nach und nach eine Besserung eintreten werde, da dann erfahrungsgemäß die Anforderungen an die Eisenbahn geringer würden.

Der Trost, den hier der Eisenbahnminister gegeben hat, ist ein recht magerer, denn unter diesem Wagenmangel leidet die Arbeiterklasse am allermeisten. Allein in der Woche vom 20. bis 26. Oktober sollen nach den Angaben des bergbaulichen Vereins im Ruhrgebiet auf 91 Zechen volle stündliche Feiertage eingelegt worden sein, wovon 41 000 Arbeiter betroffen wurden. Aber die Folgen gehen noch weiter. Nicht nur die in den Gruben beschäftigten Arbeiter selbst haben unter dem Wagenmangel zu leiden, sondern auch die großen industriellen Unternehmungen, die nicht genügend Kohlen bekommen und deswegen ihre Betriebe einschränken müssen.

„Die Zustände“, so heißt es in einer Zuschrift des bergbaulichen Vereins an das „Berl. Tagebl.“, „haben ihre Ursache nicht lediglich in einem Mangel an Wagen, sondern auch in einem billigen unzureichenden Ausbau der Bahnanlagen und in einer gänzlich ungenügenden Zahl an Lokomotiven und Personal. In den letzten zehn Jahren hat sich auf die Einheitsleistung von 100 000 Tonnenkilometern bezogen das gesamte Personal der preussisch-preussischen Staatsbahnen um 18,06 Prozent vermindert. In dem gleichen Zeitraum nahm die Länge der unterhaltenen Eisenbahnstrecken nur um 20 Prozent zu, während die Steigerung der gesamten Güterbeförderung 70 Prozent betrug. Die Eisenbahnverwaltung ist also gegenüber der Verkehrsvermehrung um 360 Prozent zurückschlagen. Bis zu 24 Stunden müssen in allen Bahnhöfen des Reichs die beladenen Kohlenwagen auf Abholung durch die Bahn warten. Ganze Eisenbahnstrecken sind auch im Ruhrgebiet bereits vollkommen verstopft.“

Angeichts dieser Situation genügt es nicht, wenn der Eisenbahnminister erklärt, daß es in der zweiten Hälfte des November besser werde. Solche Zustände dürften überhaupt nicht eintreten und gar ein Vierteljahr anhalten. Es ist dies ein Beweis, wie schlecht die Verkehrspolitik ist, die in Preußen getrieben wird. Wandel tut hier bitter not. Allerdings die Industriemagnaten des Ruhrgebiets, die jetzt auch am Geldbeutel getroffen werden, haben kein Recht, sich zu beklagen, weil sie den Trägern dieser schlechten Verkehrspolitik, den agrarischen Parteien, bei jeder Gelegenheit den Steigbügel halten.

Arbeiterbewegung. Die Erwartung, daß mit Wiederaufnahme der Arbeit der Kampf im Dachdeckergerwerbe zu Berlin beendet sein würde, hat sich nicht erfüllt. Die Unternehmer bestehen darauf, daß die Arbeiter den verbleibenden Tarif annehmen und haben von neuem alle diejenigen ausgebeutert, die sich dazu nicht verstehen wollten. Infolgedessen dauert der Kampf fort. — Die Straßenbahner in Berlin haben in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Direktorium Lohnforderungen gestellt, die aber mit Rücksicht auf die im vorigen Jahre bewilligten Verbesserungen abgelehnt wurden. Dagegen ist allen verhandelten Angelegenheiten ohne Rücksicht auf das Dienstalter eine besondere Weihnachtszuwendung von 15 M. neben der üblichen Weihnachtsgratifikation gewährt worden. Ferner wurde Erleichterung des Dienstes der Schaffner und Fahrer bei Abfertigung der Wagen auf den Bahnhöfen zugesagt. — In der Bäckereifabrik von Forster in Salberstadt bestehen seit dem vorigen Monat Differenzen, die zur Arbeitsniederlegung geführt hatten. Nachdem der Konflikt scheinbar beigelegt war, sucht sich die Firma jetzt nach und nach aller organisierten Arbeiter zu entledigen, wodurch neue Unzufriedenheit entstanden ist. Der Streik der Buchhändlermarkthelfer in Leipzig nimmt seinen Fortgang, nachdem die Einigungsversuche ergebnislos verlaufen sind. — Bei der Expeditionssirma Köber im städtischen Rheinhausen zu Düsseldorf sind die Arbeiter wegen Lohn Differenzen in den Zustand getreten.

Schwer büßen müssen einige Verbändler die Ausschreitungen, die sie sich Arbeitswilligen gegenüber haben zu schulden kommen lassen. Gelegentlich des Maurerstreiks in Sorau drangen zwei Streikende des Nachts in einen Neubau ein, nahmen Handwerkszeug und Kleidungsstücke arbeitswilliger Maurer und warfen alles in die Abortgrube des Nachbarhauses. Für diese Tat erhielten sie von der Strafkammer 7 bzw. 3 Monate Gefängnis. Ein anderer Ausständiger hatte einem weiterarbeitenden Kollegen einige Schläge ins Gesicht versetzt und muß nun dieses Vergehen mit 3 Monaten Gefängnis büßen. Endlich wurde ein Maurer wegen Beleidigung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Das sind aber nicht die einzigen Verurteilungen anlässlich dieses Arbeitskamps. Vor einiger Zeit sind gleichfalls schon längere Gefängnisstrafen über mehrere Arbeiter aus ähnlichen Ursachen verhängt worden. Schwer müssen die Verurteilten und ihre Familien jetzt büßen. Indessen, wer sich solche Dinge zu schulden kommen läßt, wie sie oben geschildert sind, der muß auch die Konsequenzen tragen. So begreiflich auch die Erregung ist, die in einem Kampfe gegen Arbeitswillige entsteht, so sind Ausschreitungen unter allen Umständen zu vermeiden. Nebenfalls aber zeigen die Urteile gegen die Sorauer Streikführer, daß die geltenden Gesetze vollständig ausreichen und weitere Strafbestimmungen durchaus überflüssig sind.

Handwerkskammern auf dem Kriegspfade gegen die Konsumvereine. Ein äußerst charakteristischer Vorgang wird aus Württemberg berichtet. Auf Veranlassung der Handwerkskammern werden durch die Innungen deren Mitglieder aufgefordert, im Interesse der Händler aus den Konsumvereinen auszutreten! Nun gehören gerade im Schwabenlande Handwerker zu Tausenden den Konsumvereinen an, und sie haben alle Ursache dazu. Gaben sie doch, in ihrer großen Mehrzahl unter relativ bescheidenen Verhältnissen lebend, ein stark entwickeltes Konsumisteninteresse. Die Preissteigerung der Lebensmittel wird auch ihnen — nicht nur in den Zeiten ungewöhnlicher Teuerung — unangenehm fühlbar. Die Zugehörigkeit zum Konsumverein beruht also auf sehr verständigen und berechtigten Erwägungen und nützt den Leuten unstrittig mindestens so viel, wenn nicht mehr als die Zugehörigkeit zu den Innungen, deren Vorteile durch die Bank gar fragwürdiger Natur sind. Es ist darum ein starkes Stück, wenn Organisationen, die berufen sind, Handwerkerinteressen wahrzunehmen, auf diesem Gebiete aber, von schönen Worten abgesehen, Kennenwertes noch nicht geleistet haben, sich herausnehmen, in solcher Weise gegen gleichmäßige Institutionen vorzugehen, die tatsächlich sich bereits als leistungsfähig für die Innungsangehörigen erwiesen haben. Die Konsumvereine werden gegen den Uebergang natürlich energisch Front machen, und ein parlamentarischer Nachspiel dürfte auch nicht ausbleiben.

Versteigerung armer Kinder an den Mindestfordernden. Noch heute im sogenannten Jahrbuch der Kinder suchen Behörden, die zum Schutze der Kinder bestellt sind, nicht die möglichst gut zu versorgen, sondern sich ihrer zu bittig, wie es geht, zu entledigen. Als vor zwei Jahren eine uneheliche Mutter in Glatz wegen Ermordung ihres Kindes zum Tode verurteilt war, wurde sie nicht auf Verurteilung des Gerichts begnadigt, sondern der Minister des Innern sah sich durch das haarsträubende Verhalten des Gerichts begnadigt, sondern der Armenverwaltungen, das hierbei zutage trat, veranlaßt, alle diese Behörden auf ihre Pflichten besonders aufmerksam zu machen und dabei in einem amtlichen Erlaß festzustellen, daß jene Kindesmörderin zu ihrer ungeliebten Tat gekommen sei, weil sie sich durch Maßnahmen einer Polizeibehörde und verschiederer Armenverwaltungen in einer Notlage befand, also durch Versehen gerade der Behörden, die gesetzlich berufen waren, solche Notlagen abzuwehren, nicht zu schaffen. Das Jahrbuch der Fürsorge, dessen nächster 6. Band in vielen Tagen im Verlage von J. Springer-Berlin erscheint, veröffentlicht jetzt eine Anzeige aus der Solinger Kreiszeitung, dem amtlichen Organ des Kreises, in der ein Raterrat mitteilt, er werde am Sonntag im Gasthause zwei kleine Mädchen von 2 und 4 Jahren mindestfordernd in gute Pflege unterbringen. So geschehen nicht vor 100 oder 200 Jahren, sondern am 14. Februar 1912. Bedenkt man, daß die deutschen Armenverwaltungen etwa für eine Viertel Million unminorierter Kinder zu sorgen haben, so fühlt man, welche wichtige Reformen hier durchzuführen sind, bis diese Kinder alle — ein Teil unierer Armenverwaltungen trotz ja schon gut für sie — ihre richtige Pflegeung haben, die ihnen auch durch die Papiere des Geiebes feierlich ausgedrückt ist.

Ein Gesekentwurf über die Alters- und Invalidenversicherung in Holland. Nach verschiedenen vorhergegangenen Vorschlägen, die zu keinem Ergebnis geführt hatten, ist in Holland von neuem ein Gesekentwurf zur Einführung der Alters- und Invalidenversicherung fertiggestellt worden. Der Entwurf sieht 5 Klassen der Versicherten vor. Der niedrigsten Klasse sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem jährlichen Einkommen bis zu 240 Gulden eingegliedert werden, der obersten K. te sollen Versicherte mit einem jährlichen Einkommen von 900—1200 Gulden angehören. In der obersten Klasse soll die Altersrente betragen nach einer zehnjährigen Versicherungsdauer 172 Gulden, nach einer zwanzigjährigen Versicherungsdauer 204 Gulden und nach einer dreißigjährigen Versicherungsdauer 235 Gulden; in der untersten Klasse soll die Altersrente nach der gleichen Zeitdauer betragen 72, 85 und 98 Gulden. Die Altersrente soll mit der Vollerhebung des 70. Lebensjahres bezahlt werden. Die Invalidenrente soll nach einer dreißigjährigen Versicherungsdauer bezahlt werden und zwar, wenn die Erwerbsfähigkeit um zwei Drittel verfürzt ist.

Arbeitslosigkeit in London. Während des letzten Jahrzehnts war in London die Arbeitslosigkeit oft auf das höchste gestiegen, so daß von einer Massenarmut gesprochen werden konnte. Auch jetzt hat in London die Arbeitslosigkeit wieder einen großen Umfang angenommen. Zehntausende von Arbeitern arbeiten nur vier Tage in der Woche, und große Scharen sind ganz ohne Arbeit. Die Armut macht sich wieder so stark bemerkbar, daß tausende von Arbeiterfamilien keine Miete bezahlen können, und die Leihhäuser sind namentlich in den Bezirken der armen Leute mit Wandobjekten überfüllt. Dementsprechend finden auch die Speisungen der Kinder in den Schulen einen sehr starken Zuwachs.

Ueber die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in England macht das britische Arbeitsministerium neuerdings wieder Mitteilungen. Darans geht hervor, daß dem Arbeiter ein Rechtanspruch auf Gewinnanteil nur selten zuerkannt, sondern gewöhnlich die Freiwilligkeit der Leistung durch den Unternehmer besonders betont wird. Die Summe, die zur Verteilung gelangt, steht meist in einem festen Verhältnis zum Geschäftsgewinn, bisweilen unter Bestimmung einer Höchstgrenze. Ein und wieder wird ein Gewinnanteil auch nur dann an die Arbeiter gezahlt, wenn für das Geschäft ein gewisser Gewinn erzielt ist. Die Berechnung des Gewinnanteils erfolgt nach dem Gewinn des abgelaufenen Halbjahrs oder Jahrs. Bisweilen wird diese Summe gekürzt zum Besten eines für schlechte Geschäftsjahre anzumahlenden Fonds. Die Art des Berechnungsverfahrens wird den Angestellten fast immer bekannt gegeben. Sie dürfen das vom Bücherrevisor bestätigte Abschlußergebnis einsehen und gelegentlich selbst die Ge-

Schäftsbücher prüfen. Die Verteilung unter die einzelnen Angestellten richtet sich nach dem erzielten Lohne. Dabei werden auch Art und Dauer des Dienstverhältnisses berücksichtigt; z. B. wird häufig eine gewisse Beschäftigungsdauer vorausgesetzt.

In ungefähr der Hälfte aller Fälle erfolgte die Auszahlung des Gewinnanteils in barem Gelde. Dit wurde auch die eine Hälfte in bar gegeben, die andere einer Unterstützungskasse der Angestellten zugeführt, meist für jeden einzelnen als Sparguthaben eingezahlt und durch das Unternehmen verzinst. Verwendung des ganzen Gewinnanteils zu Wohlfahrtszwecken war selten. Dagegen wurde die ganze Summe manchmal im Geschäft angelegt, bis der Angestellte die Mindesthöhe der Beteiligung erreicht hatte, die dann alljährlich durch die Hälfte des auf ihn entfallenden Gewinns vermehrt wurde. Einige Male fand der gesamte Gewinn der Arbeitnehmer zum Erwerb von Aktien des Werkes Verwendung. Mit wenigen Ausnahmen verleiht der Aktienbesitz den Angestellten die gleichen Stimmrechte wie den übrigen Aktionären. In der Regel aber fallen die Stimmen der Arbeiteraktionäre wenig ins Gewicht, da sie nur selten 5 Proz. erreichen.

Die 2. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Montag, den 23. November, abends 8 Uhr im Neuen Königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Barbier von Bagdad“, komische Oper von Peter Cornelius. Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Verbands-Teil.

Frauen-Bezirksklasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine. Leitung über eingesandte Beiträge. Monat Oktober 1912.

Handwerker: Königsberg III. 4,55, Bismarck 8,25, Herzberg 1,30, Rosen 35,97, Sorau 2,08, III. 5,07, Einzelmitgl. 2843 0,78. Witzbauer: Berlin 11,02, Breslau 8,06, Landsberg 8,55, Einzelmitgl. 391 1,17. Arbeiter: Rottb. 4,10, Fabrik- und Handwerker: Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Gabelau 2,80, Brandenburg 9,49, Langendorf 1,43, Regin 15,34, Stettin IV 5,98, Greifswald 2,33, Kiel-Gaarden 3,25. Frauen und Mädchen: Böhlen 1,82, Halle 7,02, Einzelmitgl. 3872 1,30. Maier, groß. Berufe usw.: Berlin I: 7,68, Berlin III 3,79, Chemnitz 7,93, Eberfeld 6,37, Gera 2,99, Königszeit 7,41, Raumburg 5,72, Erzgebirg 20,67, Worms 3,12, Reiz 12,53, Zittau 7,81. Gemeindefunktionäre: Berlin 0,50. Kaufleute: Berlin III 4,04, Stettin 3,64, Einzelmitgl. 1465 4,68, 3228 1,17, 3700 1,98, 3700 0,30. Komitoren: Einzelmitgl. 993 3,12. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Adersleben 5,20, Berlin V 14,60, Weippen 3,64, Göttingen 12,09, Rallmüß 5,07, Dornel 3,77, Matzenau 13,26, Worms 0,78, Einzelmitgl. 2264 1,82, 3083 1,04, 3286 2,34. Bergbauarbeiter: Altwasser 31,33, Fürstberg 4,03.

Königszeit 22,49, Roschenhof 2,34, Reußendensleben 1,82, Rudolstadt 8,45, Sophienau-Garbis 5,95, Tiefenfurt 3,12, Wadenburg 5,46, Wittenberg 1,95, Einzelmitgl. 1762 2,08, 482 1,17, 239 1,04, 1986 2,82, 1156 1,56, 1822 0,78, 1939 1,00, 28 u. 1874 1,96. Schneider: Berlin 31,53, Breslau I 20,49, Breslau II 15,33, Danzig 4,71, Dresden 7,41, Erlangen 7,54, Görlitz 11,79, Greifswald 6,68, Jena 6,89, Königsberg 7,02, Leipzig 25,62, Riegnitz 3,11, Merseburg 11,57, Naumburg 4,29, Potsdam 15,23, Queblinburg 7,80, Rathenow 9,53, Schweidnitz 0,78, Stettin 0,25, Worms 0,78, Reußlän 0,50, Einzelmitgl. 1108 0,78. Schuhmacher und Lederarbeiter: Brauns 8,58, Berlin I 19,28, Einzelmitgl. 2197 2,08, Burg 1,17, Danzig 2,34, Erfurt 6,37, Frankfurt a. O. 11,83, Frankfurt 7,80, Einzelmitgl. 3402 1,17, Gneisen 6,76, Graubau 12,48, Einzelmitgl. 3391 3,12, Greifswald 4,68, Halle 6,99, Handel 18,46, Königsberg 5,46, Naumburg 7,80, Rühlheim-Saarn 4,08, Raumburg 2,21, Reiz 1,95, Birmahns 70,29, Rosen 29,35, Rosdam 10,27, Rosheim 23,79, Stettin 2,99, III. 6,47, Weissenfels 146,47, Worms 11,83, Reiz 3,12, Einzelmitgl. 2842 2,25, 1319 1,17, 3703 1,87, 2973 0,78. Textilarbeiter: Sob-Sulza 17,52, Berlin 9,36, Cottbus 0,25, Einzelmitgl. 3821 2,25, Chemnitz 22,88, Duisburg 8,83, Gabelau 10,76, Großenhain 4,94, Guben 3,64, Hof 3,77, Meitzen 12,80, R.-Glabach 6,82, Reiz 10,40, Riesa 2,34, Tannhausen 11,70, Weiskau 9,36, Zwickau 6,37, Einzelmitgl. 1878 1,45, 3156 2,60. Töpfer: Bitterfeld 85,15, Graubau 14,04, Jägerhof 7,54, Miederwies 13,07, Witten 1,69, Einzelmitgl. 3292 1,30, 2320 1,17, 2383 2,34. Zigarren- und Tabakarbeiter: Gagen 6,06, Papeham 9,23. Summa Mark 1291,18.

Berlin, im November 1912.

H. Klein, Hauptkassierer. F. Reustedt, Hauptkontrollier.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswaldstraße 221-23. Die Sitzung am 20. November fällt wegen des Bußtages aus. Gewerksvereins-Liebertafel (S.-D.). Jeden Donnerstags, abds. 9-11 Uhr, Liebertafel im Verbandshaus d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willk. Sonntags, den 23. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr im Verbandshaus, Greifswaldstr. 221-223. Generalvers. Anträge über Hausfälligung. Vortrag des Herrn Schröder über Radium. Vorstandswahl. Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Abends 9 Uhr Generalversammlung im Marthallen-Restaurant, Arminiusplatz. Neuwahl des Vorstandes und Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung. Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII. Abends 8 1/2 Uhr Schönhauser Allee 65. Gesellschaftliches Neuwahl des Vorstandes. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Burdops Gesellschaftshaus, Reffenstr. Bremen (Distriktsklub). Jeden Donnerstag abds. 9 Uhr bei Burhop, Reffenstr. 21-23. Dresden und Umgegend (Ortsverband). Mittwoch, den 20. November, (Bußtag), nachm. 5 Uhr Ortsverbandsvorstellung bei Bergner, Neue Gasse 25. Referent: Herr Lehrer Theißing. Die Frauen der Witte, sowie Gäste willk. Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hünstein, Sandowstr. 42. Eöln und Umgegend (Ortsverband). Mittwoch, den

20. November, (Buß- und Bußtag), nachm. 4 Uhr Ortsverbandsvorstellung in Raff bei Klug, Hauptstr. Tagesordnung: Protokoll und Rassenbericht. Vortrag des Kollegen Kuland über: „Kommunale Wohnungspolitik“. Zahlreiches u. pünktl. Erscheinen ist Pflicht jedes Koll. Dessau. Gewerksvereins-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Liebertafel i. Vereinsl. „Kofan“, Marktstr. Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr Sitzung i. Verbandshaus, Kurfürststr. 29. Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämper, Eberfeld, Luffenstr. und Erholungsstr. Ede. Frankfurt a. O. (Gewerksvereinsfängerchor). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liebertafel im Vereinslokal, Rüdigerstr. 16. Verbandskollegen herzgl. willkommen! Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverbandsvorstellung im Vereinsklokal von E. Simon, Alter Markt. Gera u. Naumburg. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Diskutierabend bei Ludwig. Halle a. S. (Ortsverband). Erster Diskutierabend am 30. November, abends 9 Uhr im „Parsifalshöfen“, Anhalterstr. 11. Vortrag des Koll. Wagner über: „Die Zuckerverfabrikation“. Gewerksvereinsklub herzgl. willk. Hamburg (Ortsverb.). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Stiefhof“, Lagerstraße 2. Diskutierabend. Hamburg (Gewerksvereinsliebertafel). Jeden Donnerstag Liebertafel b. Thöner in Altona, Elmshütterstr. 48-50. Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 24. November, morgens 10 Uhr Aufsichtssitzung in der „Königsruhr“, Brühlstr. 12. Z.-D. bafelbst. Die Vertreter werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Monatsvers. der Jugendamt am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Stettmeyer. Herne in Westf. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Wittwe Witte, Rufe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. Herten. Diskutierabend jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. Leipzig (Gewerksvereins-Liebertafel). Die Liebertafelstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmungsgemäße Mitgließer sind herzgl. willkommen. Rühlheim-Kuhje. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandsklokal bei Herrn Johann Müller, Sandstr. 38. Stettin (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Liebertafelstunden finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmungsgemäße Kollegen herzgl. willk. Ziegel (Distriktsklub für Ziegel, Poststraße u. Reimdenborn). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schützenstraße 28, Ecke Schönebergstraße. Thurn (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricollet, Maurerstr. 62. Weissenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Liebertafelstunden jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gehängte Gewerksvereinskollegen herzgl. willkommen. Weissenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Diskutierabend in Hermanns Garten. Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandsklokal „Rheinthal“.

Änderungen bzw. Ergänzungen zum Adressverzeichnis.

Berlin (Zentralrat). H. Feinmann, Vertreter des Gewerks. der Masch. u. Metallarb. (an Stelle des Koll. Böhm), Vorhang-Rummelsburg II, Senckstr. 12. Gew. der Fabrik- und Handarbeiter (Kantonsleiter). F. Behne, Leipzig, Schenkerstr. 39 III. Herten (Ortsverband). Alle Sendungen sind an den Vorstehenden Th. Janßen, Büßstr. 27 zu senden.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine Gross-Berlin
Sonntag, d. 1. Dezember 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine Berlin NO 65, Greifswaldstr. 221 (grosser Saal)
Ado Conrad-Abend
111 Minuten Frohsinn, Kunst u. Heiterkeit.
Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammensein und Tanz
Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben.

Dux in Böhmen. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Kostgelder und Frühstück oder eine Krone Kaffeemilch in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vertretungen, Eißelstraße 8.
Leipzig-West (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesetz bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in Stabt Hannover, Leipzig, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.
Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Reide, Bergstr. 54, abends 7-8 Uhr ausgeh. Der Arbeitsnachweis wird von Koll. Oswald Hlach, Gneisenbergstr. 82, verwaltet. Sprechzeit wochentags von 7-8 Uhr abends, am Sonntag von 10-12 Uhr vormittags.
Herten (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Geschenk von 1 Mk. bei H. Bafel, Hardstr. 58.

Zittau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Karten für Nachtquartier bei allen Ortsvereinskassierern. Die Kollegen, die den Ort gleich wieder verlassen, erhalten beim Ortsverbandsvorsteheren Moritz Hlatsch, Rosenstr. 12, ein Geschenk von 75 Pf.
Dirschau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstützung von 50 Pf. bei den betreffenden Ortsvereinskassierern.
Göttingen (Ortsverb.). Durchreisende Verwandtsgeoffen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stähler, Bahnhofstr. 18.
Wartl. Fomm. (Ortsverb.). Durchreis. Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pf. Karten sind zu haben bei Aug. Dahn, Pohlstr. 24. Arbeitsnachweis das.

Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Nachtquartier im Verbandsklokal bei Roggenkämper, Eberfeld, Erholungsstraße 2. Dasselbst befindet sich auch die Rechtsauskunftstelle.
Friedrich Rammann. Neudeutsche Wirtshaftspolitik 3. Beränderte Auflage. Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe“), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.
Das anschaulich und feinfühlig geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtshaftsbild. 2. Die Materie in der Wirtshaft. 3. Der Güteraustausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtshaftsbild.
Das Buch ist in dauerhaftem Leinenband für Gewerksvereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einbindung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 65, Greifswaldstr. 221/28 zu richten.

Esfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Eitenfelder, Sangebrüde 61, geleih.
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Wühlfemerstraße 42.
Prestan (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskass. Friedrich Wunder, Sternstr. 58.
Zauer i. Schl. (Ortsverb.). Unterstützung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei Hch. Köfner, Büdgerstr. 14.
Berantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswaldstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goebcke u. Gallinet, Berlin SW., Potsdamerstr. 110